

DAS ist ein Un-Sozialticket!

Nach zweijähriger Erprobungsphase hat eine Mehrheit des Dortmunder Stadtrats aus SPD, CDU, FDP/Bürgerliste das Sozialticket für Bus&Bahn faktisch wieder abgeschafft. Denn was von diesem zweijährigen „Experiment“ übrig bleibt, ist ein 30-Euro-Ticket, das sich ein Großteil der Dortmunder/innen, die gezwungen sind, von Hartz IV oder „Grundsicherung“ zu leben, nicht leisten kann, und das zudem noch auf ein 9-Uhr-Ticket reduziert wurde.

Ein wichtiger Faktor für die Einführung des Sozialtickets 2007 waren die Ergebnisse des wissenschaftlich erhobenen Sozialberichts der Stadt Dortmund: **100.000 Dortmunder /-innen leben unter oder an der Armutsgrenze.** Ursache ist v.a. die massenhafte Langzeitarbeitslosigkeit: Immer mehr Menschen sind von einer Wirtschaft, die auf Kapitalanhäufung ausgerichtet ist, nicht mehr profitabel „verwertbar“. Für die Kapitalverwertung sind sie überflüssig, nur noch unnützer Kostenfaktor.

Unter zunehmendem öffentlichen Druck und im Vorfeld aufziehender Wahlkämpfe entschloss sich 2007 eine Ratsmehrheit, ihren in Armut gedrängten Bürger/innen eine Fahrkarte für den ÖPNV zur Verfügung zu stellen, für kleines Geld. Dabei orientierte sie sich grob an dem Ansatz von knapp 15 €, der den Empfänger /-innen von Alg II oder Grundsicherung **insgesamt** für Verkehr im Rahmen des gesetzlichen Eckregelsatzes monatlich zugestanden wird (**für den Nahverkehr sind es nur 11,49 €**).

Die Konditionen waren noch nicht das Gelbe vom Ei (Monatskarte mit Zwang zum Jahresabo, kein Angebot verbilligter Viererkarten, keine Einbeziehung von Niedriglöhner/-innen) - aber immerhin! **Das 15-Euro-Sozialticket war durchaus ein beispielgebender Fortschritt;** bundesweit orientierten sich viele Sozialticket-Initiativen am Dortmunder Modell.

Mit diesem Modell, das mittlerweile auch andere, so die Kreise Unna und Düren, kopiert haben, **soll nun ab dem 1. Februar Schluss sein!** Mit 30 Euro liegt der neue Preis um das 2,6-fache über dem, was einem auf Alg II Angewiesenen im Regelsatz für den Nahverkehr politisch zugestanden wird! Für die Betroffenen heißt das, noch weiter zu knapsen, z.B. am Essen – mit dem Tagessatz von 3,94 € für Essen und Trinken gestattet Hartz IV eh nur



U-Bahn is' nich' - wir müssen vor 9 in der Kita sein!

Mangelernährung – oder sich pro Monat auf 2 1/2 Hin-&Rückfahrten zu beschränken.

Diejenigen, die den städtischen ÖPNV **als Grundvoraussetzung für soziale Teilhabe** vielleicht am dringendsten brauchen, werden so weitgehend **ausgeschlossen!** Das ist auch verkehrspolitisch äußerst unvernünftig.

Und das Ganze im Jahr 2010, das von EU und Bundesregierung zum Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung proklamiert wurde. Ist das von der Mehrheit im Rat wirklich gewollt? Offensichtlich ja, sonst hätten sie den Tagesordnungspunkt „Sozialticket“ bei der Ratsitzung am 14. Januar nicht kurzerhand abgesetzt! **Die Scheinheiligkeit gewisser Politiker /-innen und ihrer Parteien lässt sich kaum noch überbieten!** Fragt da noch jemand, welchen Herren sie da dienen?

Teurer und schlechter – das ist KEIN Sozialticket!

Darüber hinaus haben die Fraktionen von SPD, CDU und FDP **mit der 9-Uhr-Begrenzung ordentlich daneben gegriffen**: Eltern können nun ihre Kinder nicht mehr vor 9 Uhr zur Schule oder Kita begleiten, 1-Euro-Jobber/-innen werden ihre Arbeitsstellen nicht mehr zu Arbeitsbeginn erreichen, die Weiterbildungsinstitute werden ihre Qualifizierungsmaßnahmen erst ab gemütlichen 10 Uhr beginnen können und so mancher Arzt- oder ARGE-Termin wird wohl verschoben werden müssen!

Wir haben immer gefordert und begrüßen es, dass das Angebot für **Geringverdienende** geöffnet werden soll. Derer gibt es „dank“ der sog. Arbeitsmarktreformen (Hartz-Gesetze), dem damit politisch gezielt ausgeweiteten Niedriglohnsektor und Lohndumping ja mehr als genug! Nur: In Verbindung mit der 9 Uhr-Regelung bleibt die angebotene Öffnung weitgehend wirkungslos. Auch die Kopplung an einen Wohngeldbezug macht wenig Sinn - da bleiben viele ausgeschlossen, die eine Fahrpreisermäßigung genau so nötig haben.

Aufruf zum Protest:

Ab 1. Februar ist das 15-Euro-Ticket abgeschafft.

Wir protestieren dagegen und fordern die sofortige Wiedereinführung am
Aktionstag 1. Februar, 16:30 Uhr.
Ort: Reinoldi-Pylon (U-Station)

Kommt alle, mit Kind und Kegel!

Wieso haben die Dortmunder Sozialdemokraten ihre Unterstützung für ein mit **24.000 Abonnenten** hervorragend nachgefragtes „Produkt“ aufgegeben? CDU und FDP, klar - die haben nie Hehl aus ihrer Abneigung gegen sog. „Sozialklimbim“ gemacht. Aber die SPD?

15,- Euro Eigenanteil, mehr ist nicht drin!

Diese Information wird unterstützt vom Arbeitslosenzentrum, DIDF, Sozialforum, Akoplan, Fahrgastverband Pro Bahn, VCD Dortmund, Linkes Bündnis Dortmund, Bündnis 90/Die Grünen, Partei Die Linke, Montagsdemo-Initiative und verdi-Erwerbslosenausschuss (Stand 25.1.)

V.i.S.d.P.: Heiko Holtgrave, c/o Akoplan e.V., Dortmund

Sie sagen, aus Kostengründen. Die Kassen seien leer. Dabei haben sie bis heute nicht mal qualifiziert nachprüfen lassen, wie hoch die Mehrbelastung der Verkehrsbetriebe durch das 15-Euro-Ticket **tatsächlich** ist (an der Höhe der an die Verkehrsbetriebe zu leistenden Ausgleichszahlungen gibt es erhebliche Zweifel)!

Sozialtickets künftig nur noch für Flugreisende?

Im Übrigen: Das Kostenargument ist so richtig und falsch wie altbekannt. Richtig, weil Bund und Land immer mehr Aufgaben auf die Kommunen abwälzen (dagegen müsste politisch massiv angegangen werden), falsch, weil mit dem vorhandenen Geld falsche Prioritäten gesetzt werden.

Nur ein Beispiel: Im vergangenen Jahr (2009) wurde in Dortmund **jedes einzelne Flugticket mit 15 Euro subventioniert** - das Geld wäre für die Basis-Mobilität der Menschen innerhalb der eigenen Stadt sinnvoller angelegt. Klimaschonender allemal. Für die 25 Mill. Euro, die 2009 aus Mitteln der Stadtwerke zum Flughafen zugeschossen wurden, hätte das Sozialticket sogar ohne Probleme zum Nulltarif angeboten werden können - und es bliebe noch viel, viel Geld übrig für weitere sinnvolle soziale und kulturelle Projekte.

Wer reich ist, für den mag Dortmund kuschelig sein - CDU, FDP und SPD sorgen schon dafür! Und die anderen? Immer mehr arbeitslos, immer mehr Altersarmut. In dieser Klemme sitzt man schneller, als man denkt! Alle Dortmunder Bürger/-innen sollten den Erhalt eines Sozialtickets zu den alten Konditionen unterstützen!

Das Sozialticket muss auch künftig zeitlich unbeschränkt nutzbar sein!

Erweiterung des Nutzerkreises auf Personen, deren monatliches Einkommen nicht mehr als 20% über den Regelsätzen nach SGB II / XII (einschl. Wohnkosten) liegt!